Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 88 (1997)

Heft: 16

Rubrik: Politik und Gesellschaft = Politique et société

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politik und Gesellschaft
Politique et société

Kleine und mittelgrosse Wasserkraftanlagen unter Druck

(Mü) Über 300 Fachleute aus aller Welt trafen sich vom 10. bis 13. Juni in Bern zum Ausstellungskongress kleine und mittelgrosse Wasserkraftanlagen. Der erfolgreiche Anlass war eine Gemeinschaftsveranstaltung von Bundesämtern, Fachverbänden und der Privatwirtschaft im Rahmen von «Energie 2000». Erstmals wurde in einem solchen Rahmen auch eine Ausstellung der entsprechenden Lieferanten und Dienstleister im Bereich der kleineren Anlagen präsentiert. Über 70 Firmen zeigten an den Ständen ihre neuesten Produkte. Auf dem Kongress referierten namhafte Fachleute aus dem In- und Ausland über die wirtschaftlichen und politischen Randbedingungen der Wasserkraftanlagen*. Darüber wird im Bulletin Nr. 18/1997 ausführlicher berichtet.

Podiumsgespräch: Tarifliche Massnahmen zum Ausgleich des «Economy of Scale»-Effekts

Unter der Leitung von *Remo Gautschi*, Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten, wurden am 12. Juni verschiedene aktuelle politische Aspekte sowie die Einflüsse der kommenden Liberalisierung der Strommärkte erörtert.

Eine ernsthafte Gefährdung der Kleinwasser-Kraftwerke bei einer Liberalisierung der Märkte sah Dr. *Rudolf Rechsteiner* (Nationalrat, SP): «Das wollen wir nicht». Er befürwortete eine Internalisierung der externen Energiekosten, wie das im neuen Energiegesetz vorgesehen ist. Zudem sollten Kleinwasser-Kraftwerke differenziert vergütet werden, damit die «alten» nicht «vergoldet» werden. Weiter pries Rechsteiner das «Green Marketing» an, für neue Impulse für Wasser-, Wind- oder Sonnenkraft, und plädierte für eine Besteuerung von Stromimporten aus nicht erneuerbaren Energien.

Erste Antworten darauf gab *Kurt Rohrbach* (BKW FMB Energie). Bei einer Marktöffnung würden sich die Rahmenbedingungen eher verschlechtern, sei es für kleinere oder auch grössere Wasserkraftanlagen. Durch eine Mischrechnung von neuen und alten Anlagen liesse sich die «Economy of Scale» entschärfen. Das Hauptproblem sei die langfristige Abschreibung.

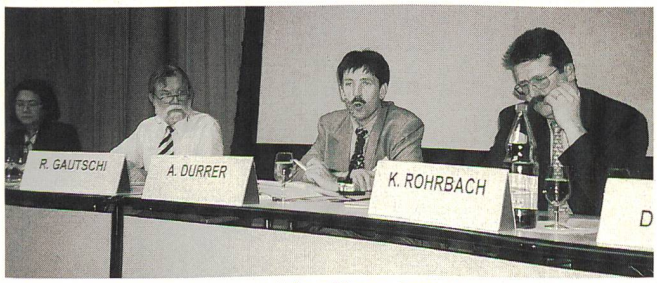
Nationalrat *Adalbert Durrer* (CVP) vertrat die Sicht der Bergkantone. Er erklärte das Zustandekommen der 16 Rp./kWh-Entschädigung für Kleinwasser-Kraftwerke mit dem Hinweis, dass sie ursprünglich nicht für eine generelle Anwendung vorgesehen war, sondern nur als Empfehlung. Die Bergkantone sähen die Tarifsituation in Hinblick auf die Öffnung der Märkte eher skeptisch. Er ging davon aus, dass die Wasserkraft die bedeutendste aller erneuerbaren Energien sei.

Als Vertreter der privaten Produzenten zeigte sich *Leo von Rotz* (Hydroelektra AG) zufrieden mit der Entwicklung bei den Kleinwasser-Kraftwerken. Er werde den Beweis erbringen, dass die «Kleinen» produktiver seien als die «Grossen» und forderte seine Branche zu neuen Investitionen auf.

Magdalena V. Manzo (Weltbank) sprach sich für Effizienztarife aus. Sie befürwortete jedoch keine generellen Subventionen, weil dies die langfristige Wirtschaftlichkeit gefährde.

Gesprächsleiter Gautschi brachte die Diskussion zum

Stichwort «16 Rappen»: Leo von Rotz (links) und Rudolf Rechsteiner.



«Wirtschaftliche Probleme»: Magdalena Manzo, Remo Gautschi, Adalbert Durrer und Kurt Rohrbach.

Der Blitzableiter

Abgase subventionieren?

Der Nationalrat hat in seiner Energiedebatte Anfang Juni das Energiegesetz von verschiedenen veralteten Vorschriften befreit, aber gleichzeitig zwei Beschlüsse gefasst, die gerade bei umweltfreundlichen Leuten ein Kopfschütteln verursachen müssten. Da sollen doch tatsächlich 16 Rappen/kWh für die öl- oder gasbefeuerten WKK-Anlagen fix vergütet werden. Zu Tausenden könnten so abgasträchtige kombinierte Heiz-/Stromsysteme mit nicht erneuerbaren Brennstoffen unsere Luft zusätzlich belasten. Und das mit offizieller finanzieller Unterstützung und auch zu Zeiten, in denen kein zusätzlicher Strom benötigt wird. Damit trug die intensive Lobby- und Werbearbeit der Schweizer Erdöl- und Gasindustrie erste Früchte. Sie bereitet sich auf den Einstieg in den Strommarkt vor und verlangt eine Gleichstellung mit Alternativenergien. Dass besonders die sich «grün» gebenden Parlamentarier solchen Anliegen entgegenkommen, ist schwer verständlich. Mit der zudem vorgeschlagenen Lenkungsabgabe von 0,6 Rappen/kWh auf nicht erneuerbare Energien soll ein weiteres Umverteilungskarussell in Milliardenhöhe ausgelöst werden, das zwar vor allem die fossilen Energieträger trifft. Dies ist als Retourkutsche für den WKK-Entscheid aufzufassen, trifft aber auch CO_2-freie Ressourcen wie das Uran. *B. Frankl*

* Tagungsband

Kleine und mittelgrosse Wasserkraftanlagen – Petites et moyennes centrales hydrauliques – Small and medium hydropower projects.

Beiträge zur Fachtagung vom 10. bis 13. Juni 1997 in Bern (23 Beiträge in Deutsch, 4 in Französisch und 5 in Englisch). Verbandsschrift 56 des Schweizerischen Wasserwirtschaftsverbandes, Rütistr. 3A, CH-5401 Baden, 1997, Format A5, 224 Seiten, broschiert, 60 Franken (zuzüglich 2% MwSt).

Schluss noch auf die umstrittene Entschädigung von WKK-Anlagen. Nationalrat Durrer brachte Vorbehalte bei den WKK-Anlagen, er könne den Einbezug von Lieferungsansätzen und Entschädigungsansätzen ins Gesetz nicht zustimmen. Nationalrat Rechsteiner stellte fest, dass WKK-Strom 9 bis 12 Rp./kWh kosten könne. Bei einer Entschädigung von 16 Rp./kWh sei daher eine Korrektur anzubringen bzw. zu differenzieren, damit hier nicht ungerechtfertigte Gewinne auf Kosten der Konsumenten entstünden. Er pries jedoch prinzipiell die Vorteile der WKK an.

Guter Zustand der schweizerischen Kernanlagen

(hsk) Der Zustand der schweizerischen Kernanlagen, ihre Instandhaltung und Betriebsführung werden im Jahresbericht der Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) als gut eingestuft. Die Anforderungen an die Sicherheit sind durchwegs erfüllt. Die Menge der an die Umgebung abgegebenen radioaktiven Stoffe war an allen vier KKW-Standorten sehr gering und lag weit unterhalb der behördlichen Grenzwerte. Auch beim Personal der Kernkraftwerke wurden die zulässigen Jahresgrenzwerte für die Strahlendosen von niemandem überschritten.

L'état des installations nucléaires suisses est bon

(dsn) La Division principale de la sécurité des installations nucléaires (DSN) qualifie de bon l'état des installations nucléaires suisses, leur maintenance et la conduite de leur exploitation. Les exigences en ce qui concerne la sécurité sont toutes satisfaites. Ainsi que l'indique son Rapport annuel 1996 sur la sécurité nucléaire et la radioprotection dans les installations nucléaires suisses, les quantités de substances radioactives rejetées dans l'environnement sur les quatre sites des centrales nucléaires sont très faibles et se situent bien en dessous des valeurs limites autorisées. De même, aucun membre du personnel des centrales nucléaires n'a accumulé une dose d'exposition dépassant les limites admissibles.

Pour l'emploi et l'innovation dans le domaine de l'énergie

(dftce) Le Conseil fédéral a adopté l'ordonnance sur les investissements énergétiques. Ainsi, 64 millions de francs seront attribués, au titre du programme «Energie 2000», à des projets exemplaires destinés à l'utilisation rationnelle de l'énergie et à l'emploi d'énergies renouvelables, créant des emplois qualifiés dans des branches d'avenir et consolidant la production suisse.

Energieinvestitionsverordnung

(eved) Der Bundesrat hat am 2. Juni die Energieinvestitionsverordnung verabschiedet. Damit sollen im Rahmen des Aktionsprogramms «Energie 2000» für beispielgebende Projekte zur rationellen Energieverwendung und Nutzung erneuerbarer Energien 64 Millionen Franken eingesetzt, qualitativ hochstehende Arbeitsplätze in Wachstumsbranchen geschaffen und der Werkplatz Schweiz gefördert werden.

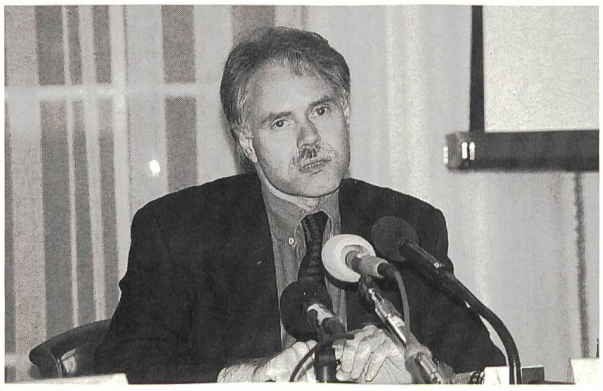
Gemäss der neuen Verordnung sollen die Beiträge vor allem für Gebäudesanierungen

Energiedialog erfolgreich beendet

(v) Die aus allen energiepolitischen Kreisen zusammengesetzten Dialogteilnehmer einigten sich am 20. Juni in Bern auf ein fakultatives Referendum für den Bau künftiger Kernkraftwerke. Die genauen Modalitäten sollen bei der Totalrevision des Atomgesetzes geregelt werden. In der Elektrizitätsfrage soll durch die rationelle Stromanwendung der Verbrauch stabilisiert, die Förderung erneuerbarer Energien vorangetrieben und die Wasserkraft durch die Modernisierung bestehender Werke gesteigert und nachher konstant gehalten werden. Auch die dezentrale Wärme-Kraft-Kopplung ist verstärkt einzusetzen, wobei die Elektrizität soweit wie möglich für elektrische Wärmepumpen genutzt werden soll. Bestehende Kernkraftwerke werden laut den Schlussfolgerungen des EVED weiterbetrieben, solange ihre Sicherheit gewährleistet ist.

Weitere Folgerungen für den Bereich Elektrizität

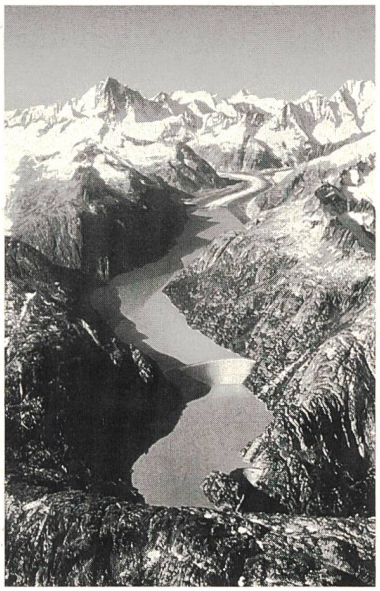
- Der Zeitraum bis zum Jahre 2030 ist im Elektrizitätsbereich mit grossen Unsicherheiten verbunden (Entwicklung der Wirtschaft und der Energiepreise, Auswirkungen der Marktöffnung und des technischen Fortschrittes usw.). Mit einer Übergangsstrategie soll diesen Unsicherheiten Rechnung getragen, ein möglichst grosser Handlungsspielraum offengehalten und flexibel auf heute noch nicht vorhersehbare Entwicklungen reagiert werden können.
- Der Elektrizitätsmarkt soll schrittweise und auf die anderen europäischen Länder abgestimmt geöffnet werden. Dabei ist den Zielen der Energie- und Umweltpolitik mit geeigneten Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen.
- Grundpfeiler der künftigen Elektrizitätspolitik sind die rationellere Stromverwendung, die Nutzung der Wasserkraft und der verstärkte Einsatz neuer erneuerbarer Energien (diese sollen bis 2030 einen Beitrag von 10% an die Stromversorgung erreichen).
- Der Beitrag der Wasserkraft soll gemäss den Zielen von «Energie 2000» gesteigert werden.
- Die Option für neue Kernenergietechniken mit ausgeprägter passiver und inhärenter Sicherheit soll langfristig offengehalten werden.



Bundesrat Moritz Leuenberger: «Energiedialog nicht beendet».

Grimsel: definitive Unterschutzstellung aufgeschoben

(edi) Der Bundesrat hat am 16. Juni das Verfahren über die Aufnahme der Grimsel als 89. und letztes Objekt ins Bundesinventar der Moorlandschaften von besonderer Schönheit und von nationaler Bedeutung sistiert und die definitive Unterschutzstellung aufgeschoben. Er wird auf den Entscheid zurückkommen, wenn glaubhaft gemacht wird, dass die Wasserkraftnutzung der Grimsel aufgrund veränderter Rahmenbedingungen notwendig ist, um eine absehbare grosse Lücke in der Energieversorgung ab dem Jahre 2015 zu schliessen, oder wenn glaubhaft wird, dass eine solche Situation nicht eintreten wird.



Moratorium: Das Kraftwerk Grimsel-West kann vorerst nicht gebaut werden.

eingesetzt werden: Verbesserung der Gebäudehülle, Nachrüstung haustechnischer Anlagen zur Wärmerückgewinnung, Sanierung und Optimierung von Beleuchtungsanlagen sowie Ersatz bestehender Heizungsanlagen durch erneuerbare Energien. Der Beitrag des Bundes nimmt mit der erzielten Energieeffizienz zu: Einen Bonus erhält, wer mehrere Massnahmenpakete realisiert oder wer einen sehr tiefen Energieverbrauch erreicht (z.B. Minergie-Standard: Energiekennzahl Wärme pro m^2 Nutzfläche max. 90 kWh/a).

Um einen möglichst einfachen Vollzug sicherzustellen, werden Pauschalbeiträge pro Quadratmeter isolierte Fläche, Sonnenkollektoren usw. entrichtet. Der Bundesbeitrag beläuft sich im Durchschnitt auf 10%, und die anrechenbaren Kosten müssen mindestens 50 000 Franken erreichen. Mehrfachleistungen aufgrund des Energienutzungsbeschlusses des Bundes und kantonaler Programme sind möglich. Die Einsparungen an konventionellen Energien betragen für die geforderten Projekte mindestens 30%, im Durchschnitt 50%. Mit dem Programm sollen schätzungsweise Investitionen von 0,9 Milliarden Franken ausgelöst, 6500 Personenjahre oder 3300 Arbeitsplätze während zwei Jahren – vor allem im Gebäudebereich – geschaffen, die Energieausgaben um rund 15 bis 20 Millionen Franken im Jahr und die CO_2-Emissionen um 150 000 Tonnen im Jahr vermindert werden.

Arbeitsgruppe des Bundes für die nukleare Entsorgung: Fortschritte in kleinen Schritten

(bew) Die Arbeitsgruppe des Bundes für die nukleare Entsorgung (AGNEB) äussert sich in ihrem 19. Jahresbericht zum Fortgang der Entsorgungsarbeiten. Im Hinblick auf die

Energienotizen aus Bern

1000 Gesuche für Beiträge des Bundes an Solaranlagen

Das zweite Subventionsprogramm des Bundes zur Förderung der Solarenergie stösst auf reges Interesse. 15 Wochen nach der Lancierung sind bereits 1000 Gesuche um Beiträge an die Investitionskosten von Solaranlagen eingereicht worden. 940 davon entfallen auf die thermische Nutzung in der Form von Sonnenkollektoren, die restlichen 60 auf Photovoltaikanlagen zur solaren Stromerzeugung. Die Sonnenenergie-Förderung ist Teil des Aktionsprogramms «Energie 2000».

Explosionsgefährdete Bereiche: Neue Verordnung zum Elektrizitätsgesetz

(eved) Das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (EVED) hat das Vernehmlassungsverfahren zu einer neuen Verordnung über Erzeugnisse und Schutzsysteme zur Verwendung in explosionsgefährdeten Bereichen eröffnet. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis am 30. September 1997. Zweck der geplanten Verordnung ist der Abbau von technischen Handelshemmnissen auf dem Gebiet der Sicherheit von Erzeugnissen, die in explosionsgefährdeten Bereichen zur Anwendung kommen. Das schweizerische Recht wird an die entsprechenden Vorschriften der Europäischen Union angeglichen. Dadurch sollen bestehende Nachteile für die schweizerische Wirtschaft im Handel mit den EU-Staaten beseitigt werden.

Nouvelle ordonnance de la loi sur l'électricité

(dftce) Le Département fédéral des transports, des communications et de l'énergie a ouvert la consultation au sujet d'une nouvelle ordonnance sur les appareils et les systèmes de protection destinés à être utilisés en atmosphères explosibles. La procèdure sera close le 30 septembre 1997.

Gestion des déchets nucléaires: on avance à petits pas

(ofen) Dans son 19e rapport annuel, le Groupe de travail de la Confédération pour la gestion des déchets nucléaires (AGNEB) se prononce sur l'avancement des travaux. D'importants progrès ont été accomplis en 1996 en prévision de l'entreposage intermédiaire et final des déchets radioactifs. Ainsi on a commencé à construire le dépôt centralisé de Würenlingen. Le Conseil fédéral a autorisé la Société coopérative nationale pour l'entreposage des déchets radioactifs (Cedra) à procéder à des forages exploratoires et à entreprendre de nouvelles recherches géologiques à Benken (ZH). Institué par le Conseil fédéral en 1978, le groupe AGNEB réunit des représentants des services fédéraux directement touchés par les travaux en vue de l'élimination des déchets radioactifs.

Zwischen- und Endlagerung von radioaktiven Abfällen wurden im Berichtsjahr 1996 wichtige Fortschritte erzielt. So wurde mit dem Bau des zentralen Zwischenlagers Würenlingen begonnen, und der Bundesrat hat der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) die Bewilligung für eine Sondierbohrung und weitere erdwissenschaftliche Untersuchungen in Benken (ZH) erteilt.

Die 1978 vom Bundesrat eingesetzte AGNEB besteht aus Vertretern jener Bundesstellen, die von den Arbeiten zur nuklearen Entsorgung direkt betroffen sind.

EU: 15% weniger Treibhausgase angestrebt

(zk) Die Europäische Union (EU) will die Treibhausgase bis zum Jahr 2010 um 15% gegenüber 1990 senken. Mit dieser Position geht die EU in die Verhandlungen der nächsten Klimaschutz-Konferenz im Dezember im japanischen Kyoto. Deutschland und Österreich wollen je 25%, Grossbritannien 10%, Italien 7% reduzieren. Frankreich mit seinem hohen Kernenergieanteil will seinen Emissionsanteil auf der Höhe von 1990 halten. Industriearme Staaten wie Spanien, Portugal, Griechenland und Irland können ihren Ausstoss an Treibhausgasen im Vergleich zu 1990 erhöhen.

Möglichkeiten und Grenzen einer starken Reduktion der CO_2-Emissionen

(eved) Als Ergänzung zu den bereits publizierten Energieperspektiven legte das Bundesamt für Energiewirtschaft einen weiteren Bericht über ein Szenario IV vor. Untersucht wird, ob und wie eine deutlich verschärfte und auf Nachhaltigkeit ausgerichtete CO_2-Reduktion in der Schweiz zu realisieren wäre.

Szenario I behandelte die beschlossene Energiepolitik. Mit Szenario II wurden die Wirkungen der vom Bundesrat beabsichtigten Politik (Energie- und CO_2-Gesetz), mit Szenario III die Wirkungen der beiden hängigen energiepolitischen Volksinitiativen (Energie-Umwelt-Initiative und Solar-Initiative) auf Energienachfrage und -angebot sowie auf die Wirtschaft und die CO_2-Emissionen dargestellt. Das neue Szenario IV entspricht keiner zurzeit diskutierten energiepolitischen Strategie. Es wurde auf Anregung von Umweltschutzkreisen ausgearbeitet und ist eine Grundlage für die Beurteilung einer weitgehenden Klimaschutzpolitik.

Eine zentrale Vorgabe für das Energieszenario IV ist eine Lenkungsabgabe, mit der die fossilen Energien und die Elektrizität kontinuierlich um jährlich rund 4% verteuert würden. Insgesamt könnten unter den getroffenen Annahmen bis 2030 die CO_2-Emissionen gegenüber 1990 um 46% verringert werden.

Wie das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (EVED) meldet, ist die politische Akzeptanz der beträchtlichen Energiepreiserhöhungen sehr ungewiss. Erfahrungswerte über die wirtschaftlichen Auswirkungen derart starker politischer Eingriffe fehlen.

Marktöffnung im Interessenstreit

(v) An der Sessionsveranstaltung des Energieforums Schweiz am 18. Juni in Bern forderte Hans Kindler, Mitglied der Geschäftsleitung der Novartis, eine radikale Entpolitisierung des Energiemarktes. Zudem seien die Strompreise für die Wirtschaft um einen Drittel zu senken. Gegen eine schrankenlose Liberalisierung sind die Umweltorganisationen sowie auch die kantonalen Energiedirektoren, welche darin eine Gefährdung der künftigen Energiepolitik sehen. Max Breu, Direktor VSE, plädierte entschieden für eine schrittweise Marktöffnung und eine eurokompatible Energiewirtschaft. Da noch nicht bekannt sei, wie die Umsetzung der EU-Richtlinie aussehen wird, forderte er eine Übergangszeit für die Ausarbeitung eines Rahmengesetzes.

An einer Konferenz des deutschen Euroforums am 19. Juni in Zürich äusserte sich Jean Cattin vom Bundesamt für Energiewirtschaft skeptisch darüber, ob die Marktöffnung in der Schweiz bis 1999 realisiert wird. Die Befürchtungen, dass die Schweiz durch die

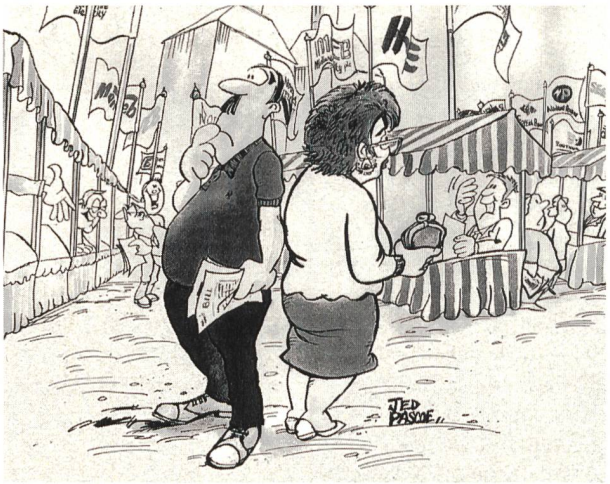
EU-Richtlinie zur Marktöffnung: unbefriedigender Kompromiss

(vdew) Im Jahr 1996 ist die Entscheidung für branchenintern Wettbewerb in der Stromversorgung gefallen: Der Ministerrat der Europäischen Union (EU) verabschiedete mit Zustimmung des Europäischen Parlaments die Binnenmarktrichtlinie «Elektrizität». Sie trat am 19. Februar 1997 in Kraft und ist innerhalb von zwei Jahren von den Mitgliedstaaten in nationales Recht umzusetzen. Das neue Recht stellt einen keineswegs befriedigenden Kompromiss dar.

Ob das vorgesehene Nebeneinander unterschiedlicher Systeme auf mehreren Ebenen zu einer gleichwertigen Marktöffnung führen wird, bleibt abzuwarten. Zweifel sind angebracht. Die Richtlinie bietet, vor allem über die Service-Public-Klausel, die Möglichkeit, nationale Strommärkte unter Hinweis auf die entsprechenden Verpflichtungen mindestens teilweise und zeitweilig abzuschalten.

In Verbindung hiermit sichert das Alleinabnehmersystem, für das sich voraussichtlich Frankreich und andere Mitgliedstaaten entscheiden werden, nationalen Unternehmen weiterhin grösseren Einfluss als es das andere Grundkonzept, der «verhandelte Netzzugang», ermöglicht. Hinzu kommt: Bei der Alternative «Diskriminierungsfreies Genehmigungsverfahren für Neuanlagen» werden alle vorhandenen Kraftwerke dem Wettbewerb ausgesetzt. Dagegen betrifft das für die Erzeugung ebenfalls zulässige Ausschreibungssystem, das von Staaten mit zentraler Elektrizitätsplanung gewählt werden dürfte, nur den Ersatz- oder Zubaubedarf.

Aus dem Jahresbericht der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke



Gleichwertige Marktöffnung?: «Schöner Sonnenstrom für nur 50 Rappen/kWh, frisch aus Spanien!» ... «Kommt Leute, hier gibt's das billige Angebot aus Dänemark, nur solange Vorrat!» ... «Kaufen Sie den guten Strommix aus Schweizer Landen, garantiert Qualitätsware».

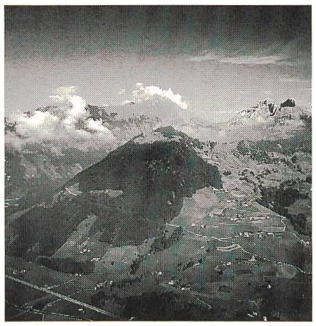
EU-Entscheide unvorbereitet getroffen werde, hätten sich bestätigt. VSE-Direktor Max Breu betonte demgegenüber, dass der Branchenverband grosse Anstrengungen im Rahmen des Projekts «Merkur» unternehme, um die im Zusammenhang mit der Marktöffnung aufgetauchten Fragen intern abzuklären. Ziel des VSE sei es unter anderem, die Rahmenbedingungen mitzugestalten. Erste Ergebnisse werden nach den Sommerferien erwartet.

Marktöffnung sorgt für Schlagzeilen

(w) In verschiedenen kantonalen und Gemeindeparlamenten wird die Öffnung des Strommarktes langsam zum Thema. Die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Parteien bezüglich Handlungsspielraum der Elektrizitätswerke wie auch die Forderungen nach Schutz von umweltfreundlicher Produktion werden langwierige Diskussionen zur Folge haben.

Wellenberg: Dialog in der Arbeitsgruppe des Bundes

(gnw) Am 9. Juni 1997 hielt die GNW (Genossenschaft für nukleare Entsorgung Wellenberg) im Nidwaldner Wolfenschiessen ihre Generalversammlung ab. Das Geschäftsjahr 1996 brachte der GNW laut ihrem Präsidenten Peter Fischer einige positive Ansätze. Der Bundesrat hat aufgrund der Gutachten seiner Sicherheitsbehörden beschlossen, am Standort Wellenberg festzuhalten, und schliesst eine weitere kantonale Abstimmung nicht aus. Ein modifiziertes Abstimmungsprojekt soll im Dialog aller Beteiligten erarbeitet werden, wozu eine Arbeitsgruppe eingesetzt wurde. Der Regierungsrat Nidwalden erklärte sich zu konstruktiver Mitarbeit bereit. Die GNW begrüsst den Dialog in der Arbeitsgruppe und bedauert gleichzeitig das Abseitsstehen der Opposition.



Wellenberg: wie weiter?

Durch Gesprächsverweigerung werden keine Probleme gelöst.

Wellenberg sistiert

Das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (EVED) hat das Rahmenbewilligungsverfahren für ein Endlager für kurzlebige schwach- und mittelradioaktive Abfälle im Wellenberg (Nidwalden) sistiert. Das Verfahren wird zurückgestellt, bis mit einem Sondierstollen die bisherigen positiven Befunde bestätigt werden.

Gemischte Kommission Frankreich–Schweiz für die nukleare Sicherheit

Die Gemischte Kommission Frankreich–Schweiz für die nukleare Sicherheit hat am 5. Juni 1997 in Genf ihre jährliche Sitzung durchgeführt. Die Kommissionsmitglieder nahmen Kenntnis von den neusten Entwicklungen in den Bereichen der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes in Frankreich und der Schweiz.

Des Verts contre Eole

(ep) Après avoir exigé haut et ferme le développement de l'énergie éolienne, plusieurs associations écologistes britanniques font marche arrière. Elles montent aux barricades contre le premier grand projet d'installation de plusieurs dizaines de grandes hélices, dont on craint qu'elles pourraient défigurer le paysage.

Le point de départ de cette action de groupes écologistes a été l'autorisation accordée à National Wind Power par le gouvernement de construire le plus grand parc éolien d'Europe sur le site de Rookhope Common, dans le nord de la chaîne Pennine (sud de la frontière écossaise).

Burgdorfer Energierappen deutlich abgelehnt

(d) Die Stimmberechtigten von Burgdorf (BE) haben am 8. Juni die Initiative für einen Energierappen mit 3069 zu 964 Stimmen deutlich bachab geschickt. Die Lenkungsabgabe auf elektrischer Energie kann damit nicht eingeführt werden. Burgdorf gilt als Schweizer Hochburg für Solarenergie.

Elektromobile im Eignungstest

(bew) Elektromobile sind energieeffizient und ökologisch. Sie bilden deshalb ein ideales Bindeglied zur Bahn. Im Rahmen des Aktionsprogramms «Energie 2000» hat es sich das Bundesamt für Energiewirtschaft (BEW) zur Aufgabe gemacht, das Potential und die Zuverlässigkeit dieser Fahrzeuge unter Beweis zu stellen.

Als Anlass für eine Demonstration diente der Internationale Eisenbahn-Kongress vom 26. bis 28. Mai in Luzern. Die meisten der eingesetzten Elektromobile wurden von Schweizer Firmen und Instituten entwickelt. Einem Fachpublikum konnten sie die Eignung dieser Fahrzeuge für den Einsatz in künftigen Mobilitätszentren und als Hotelzubringer im Tourismus vor Augen führen.

Die Fahrzeugflotte der Schweiz verbraucht im Durchschnitt 8,4 Liter Benzin pro 100 km. Im Taxibetrieb innerorts liegt der Verbrauch noch deutlich höher.

Enttäuschung nach dem New Yorker Umweltgipfel

(m) Die Delegationen aus 170 Ländern konnten sich am New Yorker UNO-Umweltgipfel nicht auf eine richtungsweisende Erklärung einigen. Sie verabschiedeten am 28. Juni lediglich ein relativ unverbindliches Aktionsprogramm. Die Hoffnungen richten sich nun auf die Konferenz im Dezember in Kyoto (Japan), wo eine Konvention für Klimaschutz unterzeichnet werden soll.

Eine Wende der auch international rückläufigen Entwicklungshilfe müsse herbeigeführt werden, erklärte Bundesrätin Ruth Dreifuss in New York. Die Schweiz wolle sich für eine substantielle Wiederauffüllung des globalen Umweltfonds GEF (Global Environmental Facility) einsetzen. Die bisher eingetretenen Verzögerungen bei der Umsetzung der Rio-Ziele bezeichnete sie als eine Herausforderung für die Zukunft.

Elektromobile: heute kaum noch von «normalen» Autos zu unterscheiden.